Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Ausgaben Abends und Morgens zugestellt.
Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche werden unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" aber auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bis 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bis 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

BERNHARD SCHÄFER
7. PRAGER-STR. 7
MODERNES KUNSTGEWERBE.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 6081.

Regenschirme aparte Neuheiten aller Preislagen empfiehlt in grosser Auswahl **C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17,** Pragerstrasse 46, Amalienstrasse 7.

Nr. 352. Spiegel: Manifest der Sozialdemokratie. Hofnachrichten. Staatliche Ankäufe, Auskunftsertheilung. Pestalozziverein. Arnold's Kunstsalon. Börsenwochenbericht. Weihnachtsschau. | Muthmaßliche Witterung: **Warm, veränderlich.** | **Sonntag, 21. Dezember 1902.**

Mit dem 1. Januar beginnt die
Bezugszeit auf das erste Vierteljahr 1903.
Die „Dresdner Nachrichten" sind
das einzige Blatt in Dresden,
welches in Dresden und den Vororten
täglich zwei Mal
erscheint. Kein anderes Dresdner Blatt ist daher im Stande, seine Leser über alle wichtigen Vorgänge gleich
schnell zu unterrichten.
Gerade in so bewegten Zeiten,
wie sie jetzt im Innern des Reichs und in der auswärtigen Politik herrschen, kommt dieser Vorzug der „Dresdner Nachrichten" voll zur Geltung, und Niemand, der sich hiervon überzeugt hat, wird ihn wieder missen wollen.
Der Bezugspreis für **Dresden** (mit den inzwischen einverleibten Vororten) und **Blasewitz** auf das ganze Vierteljahr beträgt bei Zustellung durch unsere Boten
2 Mark 50 Pfg.
Eine Erneuerung der Bestellung seitens der bisherigen Bezieher ist nicht erforderlich, da die „Dresdner Nachrichten" ohne Unterbrechung weiter geliefert werden.
Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten
Marienstraße 38.

Annahmestellen für Anzeigen u. Bezugsbestellungen:
Große Klostergasse 5, Johannes Päßler;
Lutherplatz 1 / **Priesnitzstraße 2** } Karl Bielich;
Königsbrückerstraße 39, Fritz Gilbers;
Ecke Pillnitzer- und Albrechtstraße, Albert Kaul;
Sachsen-Allee 10, Erdmann Hindorf;
Zöllnerstraße 12 (Ecke Striesenerstraße), Max Roll;
Uhlandstraße 17, Otto Bischoff;
Schäferstraße 65, Gustav Seyler Nachf. (Max Grülling);
in Vorstadt **Pieschen: Bürgerstraße 44,** Oswald Funke;
„ „ **Striesen: Eilenburgerstraße 7,** O. Pilz;
„ „ „ **Wittenbergerstraße 55,** Marie verehel. Richter.
„ „ **Trachenberge** (und **Trachau**): **Großenhainerstraße 114,** Theodor Israel;
„ **Blasewitz: Tolkewitzerstraße 2,** Heinrich Niebling;
„ **Löbtau: Reisewitzerstraße 51,** Arthur Schmidt;
„ **Planen: Kirchstraße 1** und **Reisewitzerstraße 2c,** Arthur Matthaes.

In **Hötzschenbroda: Meißnerstraße 51,** Cigarrenhaus Hugo Muchler;
„ **Langebrück: Dresdnerstraße,** Otto Jansen;
„ **Lausa:** Bei der neuen Schule, Otto Jansen;
„ **Potschappel: Dresdnerstraße 15,** T. Engelmann Nachfl. (Inh. Hans Eckhardt);
„ **Radeberg: Markt 18,** Otto Jansen;
„ **Radebeul: Bahnhofstraße 7,** Karl Freund;
„ **Tharandt: Wilsdrufferstraße 34b,** Eduard Detlefsen.
„ **Klotzsche: Königstraße 1, Ecke Königsbrückerstraße,** Drogerie Stephan Udet.
für **Mügeln, Niedersedlitz, Klein- u. Groß-Zschachwitz:** in **Klein-Zschachwitz, Karl Borischstr. 381,** Paul Göpfert;
„ **Laubegast, Leuben** und **Tolkewitz:** in **Laubegast** und **Leuben** Emil Pfotenhauer, Buchbinderei und Papierhandlung;
„ **Loschwitz u. Weißer Hirsch:** in **Loschwitz, Grundstraße 18,** Richard Rudolph.

Der sozialdemokratische Wahlaufruf

Nach ihrer schweren Niederlage im Reichstage beeilt sich die Sozialdemokratie, die Kräfte zum Kampfe für die Neuwahlen zu sammeln. Von allen Parteien ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die erste, die mit einem Aufrufe zur Eröffnung der Wahlkampagne hervortritt. Dieser Aufruf bietet das Wahlkampfprogramm, das zwar beim Reichstagsschluß und unmittelbar vor dem Wahltage selbst noch einige neue Auflagen erleben wird, aber sich im Wesentlichen schon heute als die Grundlage ansehen läßt, auf der die sozialdemokratische Wahlpropaganda geführt werden soll.

Das Lebenselement jeder revolutionären Bewegung ist die Hetzerei und die Wühlerei. Die Massen empfänglich zu machen und zu erhalten für die Umsturzgedanken, die Revolutionirung der Köpfe galt von jeher für die wichtigste Aufgabe der sozialdemokratischen Führerschaft, und daher enthält naturgemäß die vorliegende Kundgebung der Singer und Genossen nichts Anderes als die Quintessenz des rein agitatorischen Materials, mit dem die Wahl-, richtiger die Wühlarbeit verrichtet werden soll. Irgend einen neuen sachlichen Gedanken wird man von vornherein in solchem Manifeste nicht zu suchen haben noch darin finden können. Nach den letzten obstruktionellen Anstrengungen im Reichstage ließen sich neue Schlagworte und Kraftphrasen zur Erregung der groben Instinkte und zur Aufstachlung der schlechten Leidenschaften der blinden, verführten Wählermassen kaum noch prägen. Eine weitere Verschärfung und Zuspitzung der revolutionären Hetzmittel, eine Steigerung der agitatorischen Bedürfnisse, die bereits in's Maßlose und Ungeheuerliche übertrieben worden waren, konnte nicht mehr geboten werden. Nachdem also die sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder in ihren Obstruktionsversuchen und durch die Uebertragung des Tones der Gasse und der Gosse in den Saal und auf die Tribüne der Volksvertretung das oratorische Arsenal zur Aufwiegelung gegen die bestehende Ordnung vollständig erschöpft hatten, konnte es sich bei ihrem Wahlaufrufe nur noch darum handeln, die Beschimpfungen und Verleumdungen, die Verdrehungen der Thatsachen und Wahrheitsentstellungen, mit denen schon ein volles Jahr hindurch die Umsturzdemagogen im Parlament, in der Presse und in öffentlichen Versammlungen die nationale Tarifreform und deren Anhänger zu bekämpfen trachteten, zusammenzustellen und zusammenzufassen. Man kann nur schmerzlich bedauern, daß dieser Giftextrakt dem Arbeiterstande, für den er vornehmlich gebraut ist, ungestraft gereicht werden darf.

Der sozialdemokratische Wahlaufruf gewährt eine drastische Illustration zu den Worten der Aufklärung, der Mahnung und der Warnung, die kürzlich in Breslau Kaiser Wilhelm an die Arbeiter gerichtet hat. Er findet eine treffende Kritik besonders in der prägnanten Charakteristik der sozialdemokratischen Führerschaft durch die Breslauer Kaiserrede. „Statt Euch objektiv zu vertreten", ist hierin gesagt, „haben diese Agitatoren Euch aufzuhetzen versucht gegen Eure Arbeitgeber, die anderen" Stände, gegen Thron und Altar, und Euch zugleich auf das Rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisirt und geknechtet, um ihre Macht zu stärken. Und wozu wurde diese Macht gebraucht? Nicht zur Förderung Eures Wohles, sondern um Haß zu säen zwischen den Klassen und zur Ausstreuung feiger Verleumdungen." Wort für Wort können diese Sätze durch das Hetzmanifest der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion belegt werden. Wenn z. B. der Kaiser von der rücksichtslosesten Ausbeutung der Arbeiter durch die Agitatoren spricht, so ergiebt der Aufruf dafür einen eklatanten Beweis. Die praktische Pointe des Aufrufs liegt in dem Appell an den Geldbeutel der Arbeiter: „Zum Kriegführen gehört Geld, wieder Geld und abermals Geld!" Diese Forderung, möglichst viel Geld herzugeben, wird an die Arbeiter gerichtet, nachdem ihnen der Aufruf in den grellsten Farben die Größe des Elends und der Noth zu schildern versucht hat, der sie preisgegeben sein sollen. Nach der Darstellung der 58 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten wird das „arbeitende Volk Deutschlands" durch die besitzenden Klassen so betrogen, ausgebeutet und ausgesogen, daß es am Hungertuche nagt und ein Sklavendasein fristet. „Der deutsche Arbeiter", heißt es an einer Stelle, „und mit ihm seine Familie wird mit doppelten Ruthen gepeitscht. Ihm wird das tägliche Brot und die ganze Lebenshaltung in einer Weise vertheuert, wie sie kein Arbeiter eines anderen Kulturlandes kennt, und außerdem hat er mit den ungünstigsten Arbeitsbedingungen zu kämpfen, die ihm den Lohn kürzen und das schwere Leben noch schwerer machen." Wenn von dem auch nur der kleinste Theil Wahrheit und Wirklichkeit wäre, so würde es eine frevelhafte Gewissenlosigkeit sein, den Arbeitern überhaupt noch Geldopfer zuzumuthen. Aber den angeblich bis zum Hunger ausgesogenen Arbeitern ruft die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu: „Gebt Geld, wieder Geld und abermals Geld!"

Und wozu wird den Arbeitern zugemuthet, ihr Geld zu opfern? Doch nur zu dem Zwecke, wie Kaiser Wilhelm sagt, um die Macht der Agitatoren zu stärken! Für die politisch-fraktionellen Bedürfnisse und zur Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes der 58 wohlversorgten und gut bezahlten Unterzeichner des Aufrufes, unter denen sich wohl kein einziger „Arbeiter" findet, sollen die Arbeitergroschen hergegeben werden. Für Männer müssen die „hungernden" Proletarier ihre letzten Ersparnisse darbringen, die zum Theil Millionäre sind, durchweg in den behaglichsten Verhältnissen leben und den Sozialismus zumeist nur als eine Art Sport oder als einen einträglichen Beruf betreiben. Was Eugen Richter in seinen Jugenderinnerungen von Ferdinand Lasalle behauptet, daß seine Arbeiterfreundlichkeit nur eine angenommene Maske war, die mit dem Kern seines ganzen Wesens im Widerspruch steht, das gilt zweifellos von so Manchem der Genossen, die von sich sagen, daß sie „die die Menschheit erlösenden Ideen des Sozialismus" repräsentiren. Und einen wie komischen Eindruck erregt es, wenn sich Männer mit so charakteristischen Namen wie Bernstein, Gradnauer, Herzfeld, Singer, Stadthagen, Wurm und Haase anmaßen, Vertreter und Richter christlicher Auffassung und Gesinnung zu sein, indem sie in dem Aufruf auf Christus verweisen, der die Wechsler und Wucherer mit der Geißel aus dem Tempel hinausgejagt hat, und betonen, daß es ein Adventssonntag war, an dem die „protestantische und katholische Geistlichkeit, so weit sie im Reichstage vertreten ist, dem Hungertarif ihren Segen gegeben" habe!

Als eine weitere Probe sozialdemokratischer Verhetzung mag noch die Behauptung des Aufrufs vermerkt werden, daß dem Deutschen Reiche der Gedanke zu Grunde gelegen habe, dem gemeinen Manne, den Nichtbesitzenden die Hauptlasten und -Pflichten aufzubürden. „Mit diesem Grundgedanken," heißt es in dem Lügenmanifeste, „kam das Reich zur Welt und diesem Grundgedanken bleibt es treu, so lange seine Grundlage die gleiche ist, die Herrschaft des Kapitalismus und des Militarismus, d. h. die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen!" Die unverantwortliche Ruchlosigkeit, mit der hier die offenbare Wahrheit schamlos verleugnet wird, hat Kaiser Wilhelm in der erwähnten Ansprache, die er in der Hauptstadt Schlesiens an die Arbeiter gehalten hat, bereits nach Gebühr gebrandmarkt. „Ihr dürft freudig," sagte der Monarch, „an Eure Brust schlagen und Eurer Arbeit und Eures Standes froh sein. Durch die herrliche Botschaft des großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, ist von Mir die soziale Gesetzgebung weitergeführt, durch die für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung geschaffen worden bis in's Alter hinein unter Auferlegung von oft bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber. Und unser Deutschland ist das einzige Land, in welchem diese Gesetzgebung bereits in hohem Maße zum Wohle der arbeitenden Klassen fortentwickelt ist."

„Nieder mit den Parteien des Zollwuchers — das muß die Parole in dem nächsten Wahlkampfe sein — keine Zustimmung zu einem Vertrag, der Hunger- und Wucherzölle enthält!" Die angemessene Antwort auf diese Kriegserklärung der Sozialdemokratie kann nur der Zusammenschluß der Mehrheitsparteien des Reichstages auch bei den Neuwahlen sein. Zu einer siegreichen Politik der Sammlung hat der Kampf um den Zolltarif geführt. Aber das Endziel dieses Kampfes ist noch nicht erreicht. Mit dem Zolltarif, der nur durch den festen Zusammenschluß der Mehrheitsparteien des Reichstages unter Dach und Fach gebracht werden konnte, ist erst die halbe Arbeit gethan, und auf dem weiteren Wege zum Endziel bleibt der Feind, der zu überwinden ist, derselbe. Der Zolltarif soll die Grundlage für die Handelspolitik, für die neuen Handelsverträge sein, denen die Sozialdemokratie denselben Widerstand entgegenstellen wird wie dem Zustandekommen der Tarifreform. Daß dieser Widerstand nicht durch die Neuwahlen verstärkt wird, daß also die Sozialdemokratie keinen Zuwachs an Mandaten zu erzielen vermag, ist daher die wichtigste Pflicht der Mehrheitsparteien im Wahlfeldzuge. Diese Pflicht kann nur durch eine ausgesprochen antisozialdemokratische Politik der Sammlung erfüllt werden, wie sie sich bereits im Reichstage so erfolgreich bewährt hat.

Wenn Sie gut und billig essen und trinken wollen, so versäumen Sie nicht, den **Hirsch am Rauchhaus,** Weintergasse-Scheffelstrasse, zu besuchen.

Neueste Drahtmeldungen vom 20. Dezember.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Die persönliche Adjutantur des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, erklärt das Gerücht, daß Prinz Friedrich Leopold beim Schlittschuhlaufen eingebrochen sei, für falsch. — Der „Reichsanzeiger" publizirt amtlich die anläßlich des Zustandekommens des Zolltarifs erfolgten Ordensverleihungen an den Reichskanzler Grafen Bülow und den Staatssekretär Grafen Posadowsky, Freiherrn v. Thielmann und Freiherrn v. Richthofen. — Das mit der Kurie getroffene Abkommen wegen Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät bei der Universität Straßburg, ist heute in Rom und in Straßburg veröffentlicht worden. Es ergiebt sich daraus, daß die Stellung der Fakultät im Wesentlichen die gleiche sein wird, wie die der katholisch-theologischen Fakultäten in Preußen. Die künftigen Aufgaben des Großen Seminars in Straßburg, dem bisher die ganze Ausbildung der angehenden Kleriker obgelegen hatte, wird auf die praktische Schulung der Ausbildung des geistlichen Berufes beschränkt. Es dürfen darnach über Lehrgegenstände, die zu den in der Fakultät vertretenen Fächern gehören, im Seminar künftig keine Vorlesungen mehr gehalten werden. Die Fakultät wird eine sehr reiche Besetzung aufweisen, so ist z. B. die Apologetik als besonderes Lehrfach berücksichtigt, auch die christliche Archäologie ist als selbstständige Disziplin anerkannt, und dem kanonischen Recht, das für die Kleriker von eigenartiger Bedeutung ist, ist eine besondere Vertretung in der Fakultät zugedacht. Betreffs der Ernennung der Professoren ist bestimmt, daß diese nach vorherigem Einvernehmen mit dem Bischof zu erfolgen habe, und daß die Professoren vor ihrem Amtsantritt das Glaubensbekenntniß nach den Formeln und Regeln der Kirche in die Hände des Dekans der Fakultät abzulegen haben. Falls durch die kirchliche Autorität der Beweis geliefert wird, daß ein Professor, sei es wegen mangelnder Rechtgläubigkeit, sei es wegen gröblicher Verstöße im priesterlichen Wandel als unfähig angesehen werden muß, sein Lehramt fortzusetzen, soll, sofern gütliche Einwirkungen ohne Erfolg sind, eine Ersatzprofessur eingerichtet werden. Dagegen bleiben die aus der Anstellung der Professoren als staatliche Beamte nach den allgemeinen Bestimmungen erworbenen Rechte unberührt, und es kann von einer Möglichkeit der Absetzung wegen Aenderung des theologischen Standpunktes nicht im Entferntesten die Rede sein.

Kiel. Nach dem Stapellauf des Linienschiffes „Braunschweig" fand beim Prinzen und der Prinzessin Heinrich im Schloß eine Mittagstafel statt, zu der außer den fürstlichen Theilnehmern am Stapellauf auch die Direktion der Krupp'schen Werke und die höheren Beamten der Germaniawerft geladen waren.

Liegnitz. Reichstagsersatz-Stichwahl. Bis Nachmittags 2½ Uhr ist das Resultat von 4 Städten und 76 Dörfern bekannt. Für Pohl (Freis. Volksp.) sind bisher gezählt 8867, für Bruhns (Soz.) 5648 Stimmen.

München. Aufsehen erregte gestern die vollzogene Verhaftung der Vorsteherin des Maximilian-Waisenstiftes Fräulein von Häußler, gegen welche der Verdacht schwebt, eine Krankenpflegerin vergiftet zu haben.